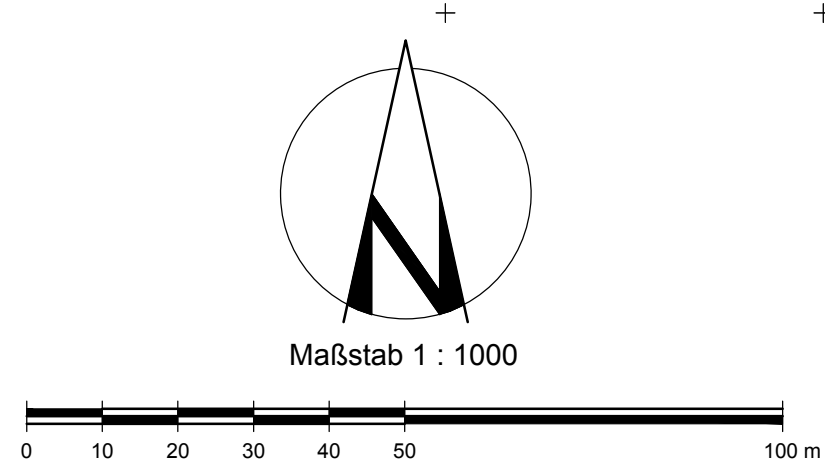


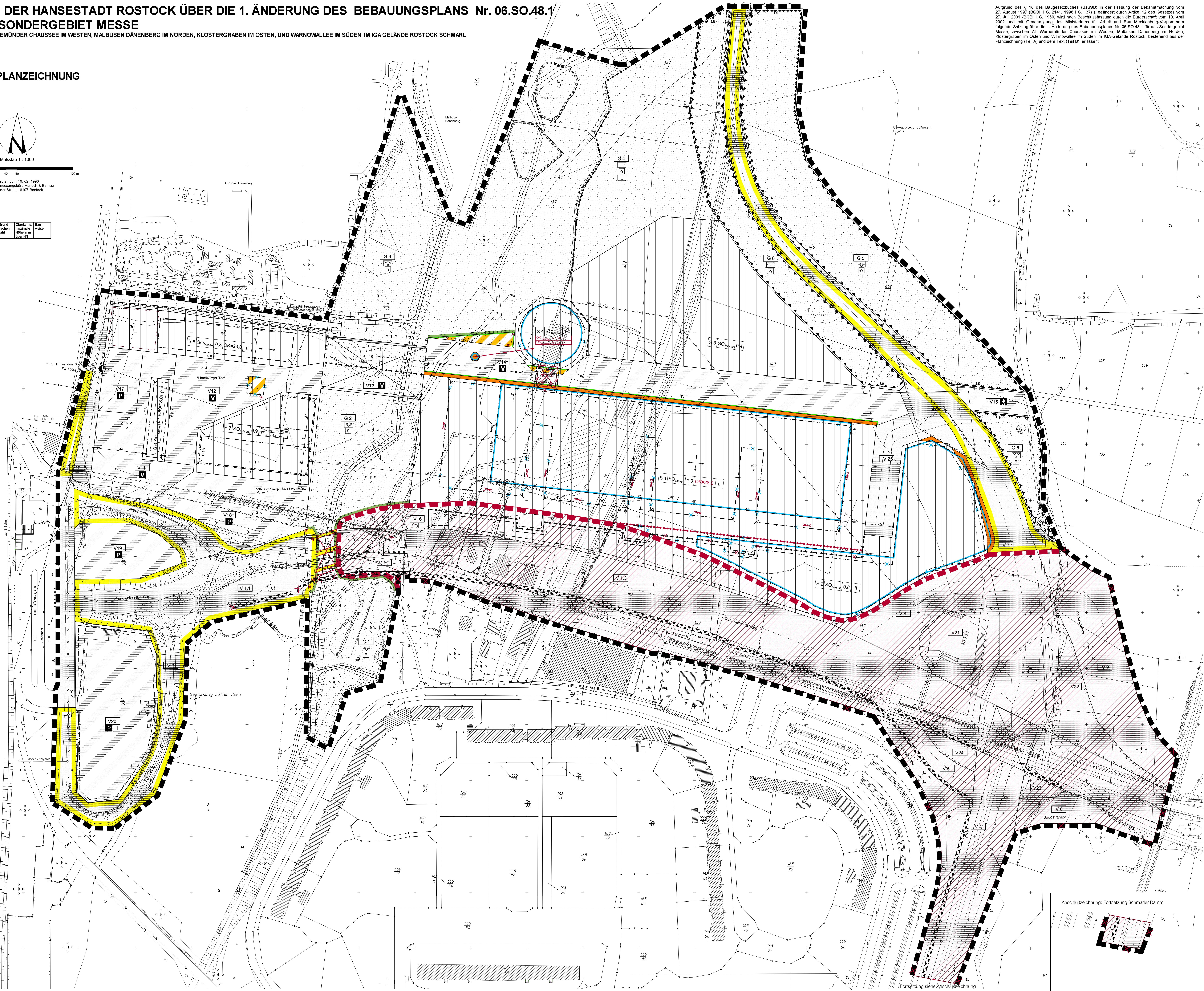
SATZUNG DER HANSESTADT ROSTOCK ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS Nr. 06.SO.48.1 FÜR DAS SONDERGEBIET MESSE

ZWISCHEN ALT WARNEMÜNDER CHAUSSEE IM WESTEN, MALBUSEN DÄNENBERG IM NORDEN, KLOSTERGRABEN IM OSTEN, UND WARNOWALLEE IM SÜDEN IM IGA GELÄNDE ROSTOCK SCHMARL

TEIL A: PLANZEICHNUNG



Füllschema:				
Bezeichnung	Art der baulichen Nutzung	Grundflächenzahl	Deckungsgrad	Bauweise



PLANZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1967 (BGBl. I S. 2141, 1969 I S. 137), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1650) wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 10. April 2002 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 06.SO.48.1 für das Sondergebiet Messe, zwischen Alt Warnemünder Chaussee im Westen, Malbusen Dänienberg im Norden, Klostergraben im Osten und Warnowallee im Süden im IGA-Gelände Rostock-Schmarl, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
-------------	-------------	-----------------

Gegenstand der 1. Änderung des Bebauungsplanes sind nur die farbig auf der am 23. 06. 1999 bekannt gemachten Planfassung vorgenommenen Festsetzungen!

I. FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Sonstige Sondergebiete für Messe § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches (BauGB), § 11 BauNVO



MASS DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Höhe baulicher Anlagen in m über Bezugspunkt (Höhe Null - HN) § 9 Abs. 2 BauGB

OK Oberkante, als Höchstmaß, z.B.: OK = 28,0 m

BAUWEISE, BAUGRENZEN § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Baugrenze

entfallende Baugrenze

Verbindungsbau (dicke Durchfahrtsbreite mind. 4,5 m)

entfallender Verbindungsbau



VERKEHRSFÄCHEN

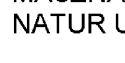
Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsfächern besonderer Zweckbestimmung § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB



Verkehrsfächern besonderer Zweckbestimmung



entfallende Straßenbrücke mit Lärmschutzanlage



PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT § 9 Abs. 1 Nr. 23 und 25 BauGB

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Umwelt § 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB

entfallende Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Umwelt § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB



SONSTIGE PLANZEICHEN



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung und/oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes § 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (1. Änderung) § 9 Abs. 7 BauGB



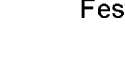
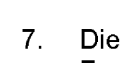
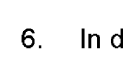
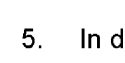
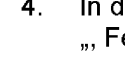
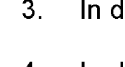
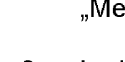
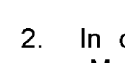
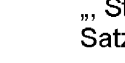
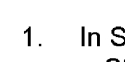
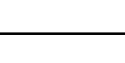
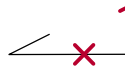
entfallende Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans



II. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN § 9 Abs. 6 BauGB



III. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER



TEIL B: TEXT

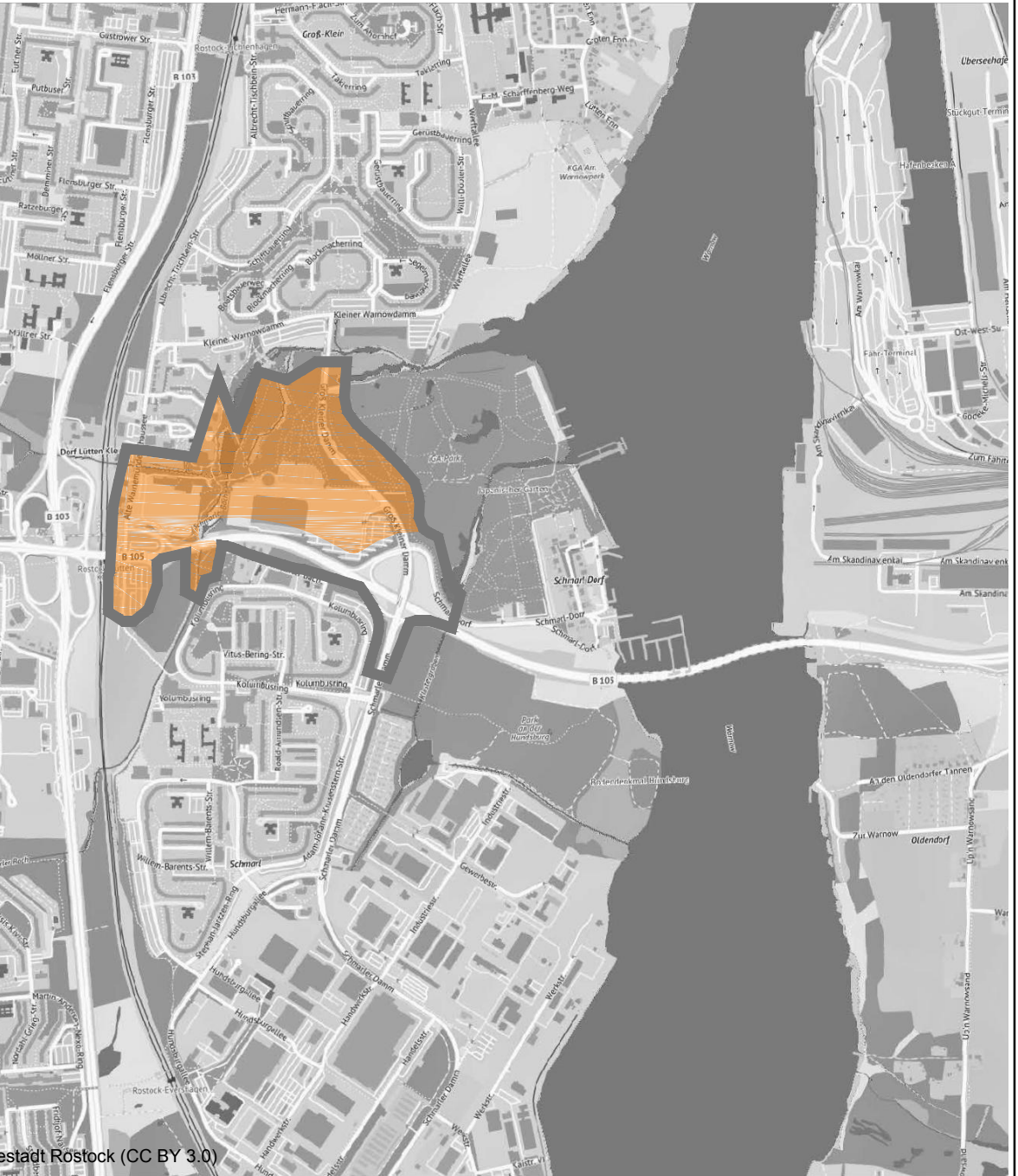
Im Teil B: Text werden folgende Änderungen vorgenommen:

- In Satz 1 der textlichen Festsetzung Nr. 2 wird hinter dem Wort „Messehallen“ eingefügt: „Stützplätze, Freisauflagen“.
- Satz 2 der textlichen Festsetzung Nr. 2 wird gestrichen.
- In der textlichen Festsetzung Nr. 5 wird in Satz 1 hinter „... Messe-Dienstleistungen“ „Messekunst“ eingefügt.
- In der textlichen Festsetzung Nr. 8 entfällt das Wort „Messekunst“.
- In der textlichen Festsetzung Nr. 15 wird hinter die Angabe „bis 4,0 m“ eingefügt: „... Feuerwehr-Rettungsweg“.
- In der textlichen Festsetzung Nr. 22 wird die Zahl „120“ durch „60“ ersetzt.
- In der textlichen Festsetzung Nr. 27 wird die Angabe „E 5“ durch „E 3“ ersetzt.
- Die textlichen Festsetzungen Nr. 12, 26 und 28 werden aufgehoben. Die verbleibenden Festsetzungen werden neu nummeriert.

VERFAHRENSVERMERKE

- Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt worden.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 16. Oktober 2001 durchgeführt worden.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 18. Dezember 2001 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Bürgerschaft hat am 05. Dezember 2001 den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 20. Dezember 2001 bis zum 25. Januar 2002 während der Dienst- und Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungszeit von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, im öffentlichen Anzeiger – Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock – am 12. Dezember 2001 öffentlich bekanntgemacht worden.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Bürgerschaft hat die vorgeschlagenen Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 10. April 2002 genehmigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 10. April 2002 von der Bürgerschaft als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans wurde mit Beschluss der Bürgerschaft vom 10. April 2002 gestiftet.
Rostock, 21.05.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Genehmigung dieser Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlass des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern vom 21.05.2002, Az. WB 2306/02, 21.05.2002, genehmigt. Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen und -hinweisen erteilt.
Rostock, 02.08.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsgemäßen Beschluss der Bürgerschaft vom 10. April 2002, Az. 10.04.2002, bestätigt. Das wurde mit Verfügung des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern vom 10. April 2002, Az. 10.04.2002, bestätigt.
Rostock, 02.08.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen
- Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hermit ausgesetzt.
Rostock, 07.08.02
Oberbürgermeister
- Die Erteilung der Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im öffentlichen Anzeiger – Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock – am 21.08.2002, Az. 21.08.2002, öffentlich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Genehmigung der Veränderung von Verkehrs- und Flächennutzungen und von Mängeln der Anlage sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erheben von Einmündungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des 21.08.02, in Kraft getreten.
Rostock, 26.08.2002
Senator für Bau- und Wohnungswesen

LAGE DES PLANLIEFERBEREICHES IM STADTGEBIET o.M.



HANSESTADT ROSTOCK
Land Mecklenburg-Vorpommern

1. ÄNDERUNG DES
BEBAUUNGSPLANES Nr. 06.SO.48.1
Sondergebiet Messe

zwischen Alt Warnemünder Chaussee im Westen,
Malbusen Dänienberg im Norden, Klostergraben im Osten und
Warnowallee im Süden im IGA-Gelände Rostock-Schmarl

Hansestadt Rostock, 07.08.2002

Oberbürgermeister